

Sie können die QR Codes nützen um später wieder auf die neuste Version eines Gesetzestexts zu gelangen.

# **RS OGH 1996/1/17 9ObA182/95, 9ObA283/97a, 9ObA93/98m, 5Ob158/05d, 9ObA35/08z, 8ObA2/09s, 9ObA36/15g**

JUSLINE Entscheidung

⌚ Veröffentlicht am 17.01.1996

## **Norm**

ZPO §226 IIA3

## **Rechtssatz**

Die richterliche Rechtsgestaltung durch Urteil muss in einem von der Privatautonomie beherrschten Privatrechtssystem und Prozessrechtssystem die Ausnahme bleiben. Rechtsgestaltungsklagen können nur dort erhoben werden, wo das Gesetz sie entweder ausdrücklich zulässt oder sie anhand bestimmter Ausnahmekriterien in vorsichtiger und einschränkender Analogie zugelassen werden können.

## **Entscheidungstexte**

- 9 ObA 182/95

Entscheidungstext OGH 17.01.1996 9 ObA 182/95

Veröff: SZ 69/4

- 9 ObA 283/97a

Entscheidungstext OGH 17.12.1997 9 ObA 283/97a

- 9 ObA 93/98m

Entscheidungstext OGH 10.06.1998 9 ObA 93/98m

nur: Rechtsgestaltungsklagen können nur dort erhoben werden, wo das Gesetz sie entweder ausdrücklich zulässt oder sie anhand bestimmter Ausnahmekriterien in vorsichtiger und einschränkender Analogie zugelassen werden können. (T1); Beisatz: Hier: Begehren auf Änderung der Dienstbeschreibung von "entsprechend" auf "sehr gut".

(T2)

- 5 Ob 158/05d

Entscheidungstext OGH 30.08.2005 5 Ob 158/05d

- 9 ObA 35/08z

Entscheidungstext OGH 08.10.2008 9 ObA 35/08z

Beisatz: Die Ausübung des Gestaltungsrechts des Arbeitgebers im Rahmen der Disziplinarordnung ist nur dann wirksam, wenn die Voraussetzungen dafür vorliegen, andernfalls aber unwirksam, ohne dass es dazu einer „Beseitigung“ im Rahmen einer Rechtsgestaltungsklage bedarf. (T3)

- 8 ObA 2/09s

Entscheidungstext OGH 23.02.2009 8 ObA 2/09s

Auch; Beisatz: Wie etwa auch eine Vereinbarung, nicht ein Gericht, sondern eine Verwaltungsbehörde sei zur Entscheidung zuständig, nicht rechtswirksam getroffen werden kann, so kann auch nicht die Zuständigkeit eines Gerichts zur Durchführung eines bestimmten Verfahrens als Voraussetzung für die Wirksamkeit einer privatrechtlichen Willenserklärung dort vereinbart werden, wo sie vom Gesetzgeber nicht vorgesehen ist. (T4); Veröff: SZ 2009/21

- 9 ObA 36/15g

Entscheidungstext OGH 29.04.2015 9 ObA 36/15g

## **European Case Law Identifier (ECLI)**

ECLI:AT:OGH0002:1996:RS0097752

## **Im RIS seit**

15.06.1997

## **Zuletzt aktualisiert am**

10.07.2015

**Quelle:** Oberster Gerichtshof (und OLG, LG, BG) OGH, <http://www.ogh.gv.at>

© 2026 JUSLINE

JUSLINE® ist eine Marke der ADVOKAT Unternehmensberatung Greiter & Greiter GmbH.

[www.jusline.at](http://www.jusline.at)